



Marco Bülow
Umweltpolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion

Mitglied des Deutschen Bundestages



Frank Schwabe
Klimaschutzpolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion

Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin, 04. Juni 2008

Die soziale Frage mitdenken – Energieverknappung, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gehören zusammen!

SPD muss die 5-Prozent-Lücke schließen!

Immer mehr Menschen in Deutschland können die Energie nicht mehr bezahlen und elementare Bedürfnisse nach Wohnungsheizung und Mobilität nicht mehr erfüllen. Dazu kommt, dass die Auswirkungen des Klimawandels weltweit, aber auch national, vor allem sozial Schwächere treffen werden. Auch wenn es also die Frage der Notwendigkeit des Klimaschutzes gar nicht gäbe, müssten in sozialer Verantwortung Antworten auf die Frage der Energieverknappung gegeben werden.

Zunehmende Ressourcenknappheit bedeutet, dass die Kosten für Energieversorgung immens steigen werden – hier muss Politik Rahmenbedingungen schaffen, um schnell wie möglich auf erneuerbare Energien, alternative Kraftstoffe und alternative Wärmegewinnung umstellen und gleichzeitig soziale Verwerfungen durch steigende Energiepreise zu verhindern. Die Nutzung von Energie muss weiter für alle möglich sein.

Auch die Auswirkungen des Klimawandels treffen in Deutschland bestimmte Gruppen hart: dazu gehören die Beschäftigten der Land- und Forstwirtschaft, Beschäftigte im Tourismussektor,

aber auch Einwohner von Großstädten, mit zu wenigen kühlenden Grünflächen, ältere und betagte Menschen sowie Kinder und eben auch ärmere Schichten, die in schlecht isolierten Wohnungen ohne Kühlsystem leben.

Klimaschutzmaßnahmen sind also nicht Teil des sozialen Problems, sondern ganz im Gegenteil geeignet und notwendig, die sozialen Probleme durch die Energieverknappung zu lösen. Klimaschutz ist **die** soziale Frage dieses Jahrhunderts. Viel stärker als durch jede andere Umverteilungspolitik wird sich in diesem Bereich entscheiden, ob wir das Ziel einer gerechten Teilhabe - weltweit und national - erreichen oder ob wir kläglich scheitern.

Es ist Aufgabe der Sozialdemokratie sich um diese Fragen zu kümmern, wer sollte es sonst tun?

Nicht nur in den Entwicklungsländern, auch in den Industrieländern werden sozial Schwächere die Folgen intensiver zu spüren bekommen. Sie wohnen an Hauptverkehrsstraßen und atmen schon jetzt mehr Feinstaub ein als die Familie einer Ärztin im Grünen, sie können sich Biolebensmittel nicht in dem Maß von Gutverdienenden leisten und sie werden in kalten Wohnungen sitzen, wenn die Heizkosten weiter steigen.

Als Sozialdemokraten dürfen wir keine "Eliten-Ökologie" zulassen. Sozialdemokraten müssen auch im Klimaschutz ihre Kernkompetenz beweisen und müssen zeigen, dass Umwelt- und Klimaschutz für alle von elementarster Bedeutung und kein elitäres Hobby für Besserverdienende ist - genau das Gegenteil ist der Fall. Doch dafür brauchen wir eine stärkere staatliche Verantwortung und den Mut zu lenken. Der Verursacher muss zahlen, also der Vielflieger aus dem Bundestag, der Manager

mit dem Porsche und der Besitzer einer Intensivlandwirtschaft mit Pestiziden und Massentierhaltung. Im Gegenzug muss umweltverträgliches Leben, also die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs, der Bahn, gesundes Essen und erneuerbare Energien billiger und für alle erschwinglich werden.

Energiealternativen entwickeln! Klima schützen! Soziale Spaltung verhindern!
Für eine selbstbewusst steuernde Politik jenseits unwirksamer Selbstverpflichtungen!

Die SPD ist der Garant dafür, dass die Klimaschutzziele in Deutschland, in Europa und weltweit mit den entsprechenden Maßnahmen umgesetzt werden. Denn nur eine alternative Energiepolitik und ein ehrgeiziger Klimaschutz können die ausschließenden sozialen Wirkungen durch die Energieverknappung und -verteuerung und durch den Klimawandel verhindern oder zumindest abmildern.

Für die SPD steht das Ziel einer mindestens 40prozentigen CO₂-Reduktion im Mittelpunkt. Dabei steht die SPD für die konsequente Umsetzung der Meseberger Beschlüsse mit einem Ziel einer etwa 35prozentigen Reduktion. Darüber hinaus muss es die Aufgabe der SPD sein die 5prozentige Lücke zum 40-Prozent-Ziel zu schließen. Diese Maßnahmen müssen sich aus sozialdemokratischer Sicht daran messen lassen, ob sie der Frage der sozialen Gerechtigkeit entsprechen.

Klimawandel darf die soziale Spaltung in Deutschland nicht weiter vertiefen, deshalb steht sozialdemokratische Klimapolitik für eine Ausweitung des Ordnungsrechts und für eine höhere Lenkungswirkung über Steuerpolitik. Dieses ist eine entscheidende Voraussetzung dafür, den Übergang zu einem nachhaltigen Energie- und Wirtschaftssystem sozial gerecht zu gestalten.

Kosten für Heizung reduzieren! CO2-Ausstoß im Wärmebereich reduzieren! Mieterrechte stärken!

Derzeit werden pro Jahr gut 2 Prozent der Häuser modernisiert. Aber nur bei etwa einem Drittel davon wird die Wärmedämmung verbessert und der Energieverbrauch deutlich reduziert. Das führt dazu, dass die möglichen CO2-Einsparungen im Sinne des Klimaschutzes nicht erreicht werden und gleichzeitig immer mehr Menschen nicht in der Lage sind ihre „2. Miete“ zu zahlen. Deshalb muss der Mieter das Recht bekommen, seine Miete in angemessenem Umfang und in angemessener Zeit zu reduzieren, falls der Vermieter seinen Aufgaben zur Senkung des Energieverbrauchs nicht nachkommt. So wird ein massiver Anreiz gesetzt, die Sanierungsrate im Häuserbestand deutlich zu erhöhen.

Mobilität muss möglich bleiben! Steuerliche Absetzungsmöglichkeiten von unnötigem Sprit-Verbrauch einschränken! Tempolimit einführen!

Die steuerliche Absetzbarkeit von Dienstwagen mit hohem CO2-Ausstoß muss begrenzt werden. Über die Hälfte der neuen PKW werden als Dienstwagen zugelassen. Viele dieser Autos sind mit extrem hoher Motorisierung und hohem Gewicht ausgestattet. Es ist absurd solche Fahrzeuge auch noch steuerlich besonders zu unterstützen. Ziel muss es sein, dass die Anschaffungskosten und der Kraftstoffverbrauch von Fahrzeugen mit CO2-Emissionen über 140 Gramm CO2 nur noch begrenzt als betrieblich notwendige Ausgaben von der Steuer abgezogen werden können.

Die steuerliche Anerkennung von Fahrtkosten zwischen Wohnung und Arbeitsplatz ist für viele Menschen von großer Bedeutung ist. Die Pendlerpauschale muss in Zukunft stärker ökologischen und sozialen Kriterien gerecht werden.

Ein Tempolimit bedeutet mehr Klimaschutz, denn es senkt sofort den Spritverbrauch und verringert damit den Treibhausgasausstoß spürbar. Bei 130 km/h ließen sich jährlich mindestens 3 Millionen Tonnen CO₂ einsparen. Ein Tempolimit ist sozial gerecht, weil unabhängig vom Automobil und von der Finanzierbarkeit des Spritverbrauchs ein gemeinsamer Beitrag erbracht werden muss, von dem man sich nicht freikaufen kann.

Wenige Wohlhabende verursachen einen Großteil der CO₂-Emissionen im Verkehr.

Deshalb ist es richtig, hier auch deutliche Preissignale zu geben. Deshalb muss es für Fahrzeuge, Flugzeuge und Yachten, die einen besonders hohen CO₂-Ausstoß verursachen, eine CO₂-Luxus-Abgabe geben.

Effiziente und verbrauchsarme Produkte deutlich erkennbar machen!

Verbraucherrechte stärken und effektiver durchsetzen!

Die Frage, wie Kosten über den verstärkten Einsatz energieeffizienter Produkte gesenkt werden können, ist auch eine Frage wie man sich Informationen dazu erschließen kann. Das ist abhängig vom sozialen Hintergrund. Dazu gehören ordentliche verständliche Kennzeichnungen und notwendige Verbraucheraufklärung.

Ressourceneffizienz und Ressourceneinsparungen belohnen!

Ressourcenausbeutung einen hohen Preis geben!

Ökologische Verantwortung und soziale Gerechtigkeit müssen zukünftig stärker gekoppelt werden. Denkbar wäre die Idee einer sogenannten Ressourcenprämie. Dazu muss die Umwelt- und Ressourcenverbrauch zukünftig stärker belastet und das Geld pro Kopf an die gesamte Bevölkerung verteilen. Am meisten profitieren diejenigen davon, die wenige Ressourcen

verbrauchen und ein geringes Einkommen haben.

Überdurchschnittlicher Umweltverbrauch führt zu Mehrausgaben für den Bürger. Unterdurchschnittlicher Umweltverbrauch führt zu Mehreinnahmen für die Bürger.

Einnahmen aus dem Emissionshandel zielgerichtet verwenden!

Die Einnahmen aus dem Emissionshandel, die insbesondere ab dem Jahr 2013 in immenser Dimension anfallen werden, müssen vollständig verwendet werden, um Energie bezahlbarer zu machen, den weltweiten Klimaschutz voranzutreiben und einen sozialen Ausgleich vorzunehmen.

Dieses Thesenpapier kann nur den Rahmen der Diskussion beschreiben, die Sozialdemokraten in den kommenden Monaten zu führen haben. Wir gehen davon aus, dass aus den Ergebnissen einer solchen Diskussion Bausteine für die Regierungspolitik, möglichst in dieser, mindestens in der nächsten Legislaturperiode werden.

Kontakt:

Deutscher Bundestag

Marco Bülow MdB

11011 Berlin

Tel: (030) 227 - 73 403, Fax: (030) 227 - 76 488

Email: marco.buelow@bundestag.de <http://www.marco-buelow.de>

Deutscher Bundestag

Frank Schwabe, MdB

11011 Berlin

Tel: (030) 227 - 77 646, Fax: (030) 227 - 76 646

Email: frank.schwabe@bundestag.de <http://www.frank-schwabe.de/>

**Das soziale
Deutschland.** 